

Stellungnahme der BWG zu Berichten in der Mittelbayerischen Zeitung

Planungs- und Gutachterkosten für die Irlbrücke dürfen nicht unter den Tisch fallen

Die Kosten für die Baumeister-, Stahlbau- und Holzbauarbeiten für den Irl-Steg I belaufen sich auf insgesamt 433.502 Euro.“ So stand es am 24. August 2019 in der Mittelbayerischen Zeitung. Mit dieser Information wird den Bürgern suggeriert, das wären die Gesamtkosten. Weit gefehlt, denn es ist wohl nicht zu bestreiten, dass zu den Gesamtkosten auch die Planungs- und Gutachterkosten usw. gehören.

In der Zwischenzeit hat der Stadtbaumeister mitgeteilt, dass an Honorarkosten rd. 100.000 Euro anfallen. Der Irl-Steg I kostet demnach nach heutigen Erkenntnissen rd. 550.000 Euro - vorausgesetzt es gibt keine weiteren Kostensteigerungen. Ursprünglich - zu Beginn der Diskussion - ging die Verwaltung von Kosten von rd. 200.000 Euro aus.



Ein Holzsteg wie früher war nicht gut genug!

Bürgermeister verhält sich rechtswidrig

In der Mai-Sitzung des Stadtrates wurde mehrheitlich beschlossen, dass das Thema Zukunft des Turnvereins in öffentlicher Sitzung zu behandeln ist. Bürgermeister Gesche vollzog den Beschluss nicht und behandelte unserer Meinung nach in rechtswidriger Weise das Thema in nicht öffentlicher Sitzung. Gleichzeitig sagte er, dass er der Rechtsaufsicht beim Landratsamt das Thema zur endgültigen Beurteilung vorlegen werde.

Genau das hat er nicht getan. Die Rechtsaufsicht teilte der BWG mit, dass keinerlei Anfragen aus dem Rathaus vorliegen. Dieses Schreiben legte die BWG der Mittelbayerischen Zeitung mit der Bitte um Veröffentlichung vor. Die Veröffentlichung durch die MZ unterblieb. Stattdessen erschien am 22. August 2019 ein Presseartikel über den Turnverein, in dem der Pressesprecher des Landratsamtes Stellung bezog

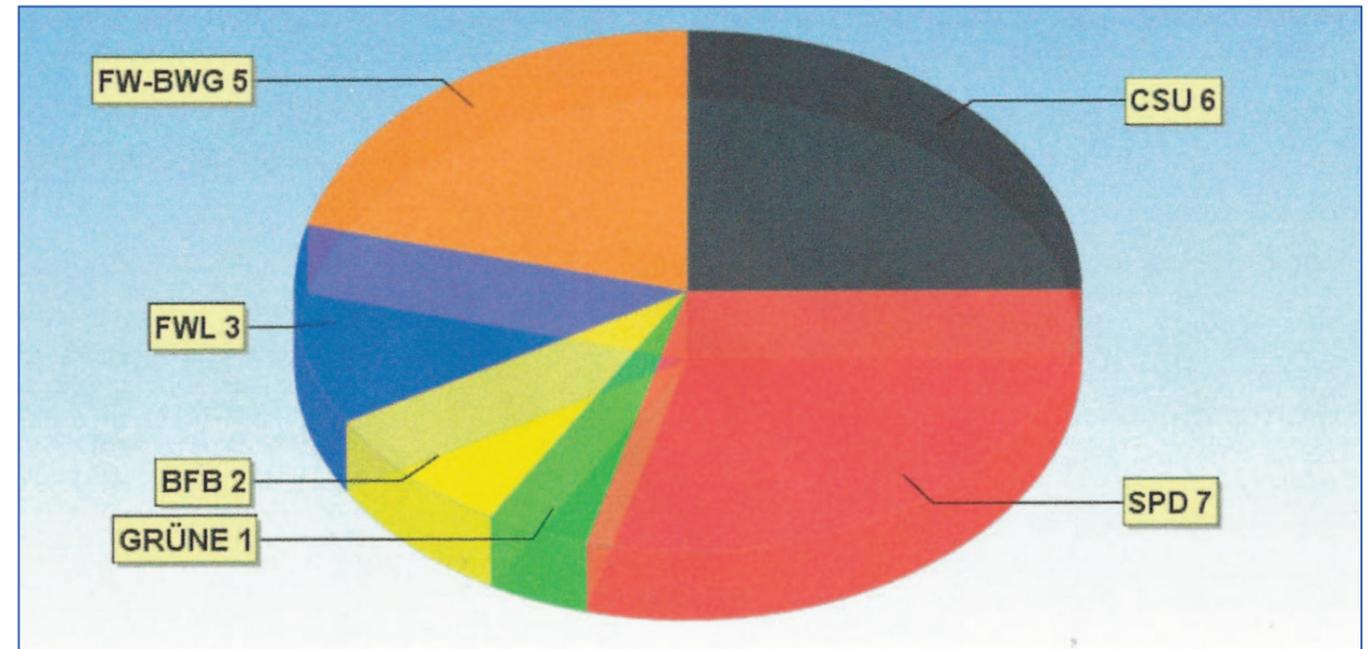
und anders als die Rechtsaufsicht darlegte, dass es zwischenzeitlich ein Schreiben bzw. eine Stellungnahme der Stadt gibt, die vom 3. Bürgermeister Josef Gruber unterzeichnet ist. Als Grund für die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung wird in dem städtischen Schreiben angegeben, dass es sich bei dem Thema angeblich um eine Grundstücksangelegenheit handelt. Diese Aussage ist nicht richtig, führte aber bei der Rechtsaufsicht zu einer falschen Beurteilung, denn die BWG interessiert nicht die Grundstücksangelegenheit, (das ist Schritt 2), sondern nur die Frage der Auslagerung Ja oder Nein (Schritt 1).

Angesichts dieses Sachverhaltes kann man mit Fug und Recht behaupten: Sowohl die Mittelbayerische Zeitung wie auch das Landratsamt unterstützen das rechtswidrige Verhalten des Bürgermeisters. Traurig, aber wahr!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Helfen Sie mit, dass unsere Stadt durch eine moderne, bürgerfreundliche Kommunalpolitik in die Erfolgsspur zurückfindet. Werden Sie Mitglied bei der BWG-Freie Wähler und unterstützen Sie eine Kommunalpolitik, die sich einzig an den Interessen der Bürger orientiert.

BWVG: Die Alternative für die Kommunalwahl 2020



Die BWG erreichte bei der letzten Kommunalwahl 2014 mit einem Plus von vier Stadtratsmandaten ein phantastisches Ergebnis und agiert auf Augenhöhe mit SPD und CSU. Die SPD verlor drei Stadtratsmandate und den Bürgermeistersessel, die CSU ein Stadtratsmandat. Wird sich dieser Abwärtstrend für die etablierten Parteien fortsetzen? Vieles spricht dafür.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Entscheidende Weichenstellungen für die Kommunalwahlen nahm die BWG auf einer ganztägigen Klausurtagung im Waldhotel in Kreuth vor. Wichtigster Beschluss: Die BWG beabsichtigt, im Spätherbst einen eigenen Bürgermeisterkandidaten bzw. eine Bürgermeisterkandidatin zu benennen und setzt weiterhin auf einen eigenständigen Weg.

SPD zeigt BWG erneut die "kalte Schulter"

Nicht wenige Mitbürger werden sich fragen, warum stellt die BWG einen eigenen Kandidaten auf, warum unterstützt sie nicht den Kandidaten der SPD? Wir geben auf diese Frage eine eindeutige Antwort: Die sozialdemokratischen Mandatsträger aus Fraktion und Ortsvorstand haben bis zum heutigen Tage mit der BWG keinen Kontakt aufgenommen, um diese Frage oder - was auch wünschenswert wäre - grundsätzliche Fragen der Burglengenfelder Kommunalpolitik zu diskutieren. So wie in den zurückliegenden Jahren hat die SPD der BWG erneut die „kalte Schulter“ gezeigt. Offensichtlich ist die SPD nach wie vor der Meinung, inhaltliche Gespräche mit der BWG

sind nicht vonnöten. Es tut uns leid, aber wir können keine Partnerschaft erzwingen.

BWVG setzt auf Inhalte und Konzepte

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, dass ihr Bürgermeisterkandidat Michael Hitzek die inhaltlichen Schwächen mit einem Wahlkampf, der weitgehend auf Sympathiewerbung aufgebaut ist, überbrücken kann. Warten wir's ab, ob diese Taktik aufgeht. Die BWG jedenfalls setzt auch in Zukunft auf eine Politik, in der vorrangig die Inhalte und die Konzepte entscheidend sind.

Ex-Stadtrat Rüdiger-Gerd Sappa stellte aufgrund der Verweigerungshaltung der SPD bei unserer Klausurtagung den Antrag, mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten in den Kommunalwahlkampf zu gehen und weiterhin für eine bürgerfreundliche Kommunalpolitik zu werben. Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, mit der 50-prozentigen Zurücknahme der Grund- und der Gewerbesteuererhöhungen, der Baugebietsausweisung am Hussitenweg und dem neu geplanten Kindergarten auf dem Areal der Pfarrei St.

Josef hat die BWG Akzente gesetzt, wie sie sich eine bürgerfreundliche Kommunalpolitik vorstellt. Mit den Vorschlägen, das Pfarrheim zu erwerben und zu sanieren und die Auslagerung des Turnvereins durch die Stadt zu unterstützen, hat die BWG darüber hinaus frühzeitig Konzepte auf den Tisch gelegt, wie die Stadt positiv weiter zu entwickeln ist. Die BWG ist in der Zwischenzeit eine echte Alternative zu den etablierten Parteien, die allzu oft ihre Kräfte mit Macht- und Ränkespielen vergeuden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die BWG hat nach dem phantastischen Erfolg bei der Kommunalwahl 2014 (Plus von 400 % = 4 Stadtratssitze) eine bürgerfreundliche Politik betrieben, hat sich nicht gescheut, Fehlleistungen unserer Mitbewerber kritisch anzusprechen und sich dabei oftmals den Zorn von Bürgermeister, CSU und SPD zugezogen, deren Hauptinteresse darin bestand, "eigene Pfründe" zu sichern.

Angesichts des katastrophalen SPD-Wahlergebnisses 2014 und der bürgerunfreundlichen Politik der zurückliegenden fünf Jahre verwundert es nicht, dass die SPD von der Ver-

gangenheit nichts wissen möchte und diese Jahre lieber mit einem "Mantel des Schweigens" überzieht.

Politik für die Bürger

Das Verschweigen von Fakten werden wir nicht zulassen und klar und deutlich in einer Bilanz aufzeigen, wie oft die Sozialdemokraten mit der CSU "gekungelt" haben. Der BWG geht es nicht um Posten und Pöstchen. Wir richten unsere Politik einzig und allein an den Interessen unserer Bürger aus. Politische Ränkespiele wird es mit uns nicht geben.

In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Albin Schreiner
Fraktionsvorsitzender - Rechtsanwalt

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik - Statistik kommunal 2018

6. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer seit 2012

Gegenstand der Nachweisung	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni ²⁾					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Beschäftigte am Arbeitsort	2 974	3 012	3 087	3 163	3 121	3 227

Amtliche Unterlagen widerlegen die Aussagen in der Presse:

Kein einziger neuer Vollzeitjob ist entstanden!

Zitat aus der Mittelbayerischen Zeitung: "Seit 2014 sind in Burglengenfeld zirka 300 neue Jobs entstanden. Mit dem Aus von Hansa halbiert sich die Zahl schlagartig." Zu dieser Aussage ist nach einem Blick in die Statistik (Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik in München) Folgendes festzustellen: 2014 betrug die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 3.087 Arbeitsplätze, 2017 (neuere Zahlen gibt es noch nicht) 3.227. Das ist ein Plus von 140 Arbeitsplätzen.

Fakt ist aber leider auch, dass die Firma Hansa vor wenigen Tagen ihren Betrieb in unserer Stadt eingestellt hat. Verlust 170 Arbeitsplätze. Im Klartext heißt das: In Burglengenfeld

ist kein einziger neuer Vollzeitjob seit 2014 entstanden und das in einer Zeit, in der die Konjunktur in ganz Deutschland boomte. Dieses Ergebnis ist alles andere als ein Erfolg. Es beweist, dass die vollmundigen Aussagen des Bürgermeisters nichts anderes als Schaumschlägerei sind.

Ein besseres Ergebnis ergibt sich nur, wenn man - so wie die Mittelbayerische Zeitung - in das Zahlenwerk die Minijobs mit einrechnet. Das ist aber nach Meinung der BWG nicht seriös. Vollzeitjobs und Minijobs sind nicht gleichwertig nebeneinander zu stellen. Zur Erinnerung: In der Amtszeit von Heinz Karg sind 662 Vollzeitjobs (27,2 Prozent) neu entstanden.

Fakten - Fakten - Fakten - Fakten - Fakten

Am 15. März 2020 finden die Kommunalwahlen statt. In weniger als sieben Monaten entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, wer ab 1. Mai 2020 die Verantwortung im Rathaus übernehmen wird. Die BWG möchte die Bürger durch Argumente überzeugen und klar machen, dass sie eine echte Alternative zu den etablierten Parteien CSU und SPD ist, die in den zurückliegenden fünf Jahren allzu oft aus Parteiinteressen "Mauschelgeschäfte" bevorzugten und die BWG-Freie Wähler bewusst ausgrenzten. In unseren Bürgerinfos werden wir daher die Ideen und Konzepte der BWG für die Zukunftsgestaltung unserer Stadt darlegen und versuchen, eine Sachdiskussion in Gang zu setzen.

Partnerschaft mit privaten Investoren ist Voraussetzung für Erfolg

CSU-Bürgermeisterkandidat Matthias Meier in Maxhütte-Haidhof fordert "Baufrieden" bis 2022. Der designierte Burglengenfelder SPD-Bürgermeisterkandidat Michael Hitzek äußert sich ähnlich und hat sich zum Ziel gesetzt, auf die Mitwirkung privater Investoren bei der Zukunftsgestaltung der Stadt weitgehend zu verzichten.

Kritiker ignorieren Fakten

Das sind parteiübergreifend völlig neue Töne, die es wert sind, näher betrachtet zu werden. Die BWG hat auf ihrer Klausurtagung dieses Thema eingehend diskutiert und kommt zu einer völlig anderen Beurteilung. Für die BWG ist die Partnerschaft mit privaten Investoren nach wie vor die Voraussetzung für eine erfolgreiche Stadtentwicklung.

Fraktionschef Albin Schreiner: "CSU und SPD ignorieren Fakten und leugnen den hohen Anteil der privaten Investoren an der positiven Stadtentwicklung. Sie meinen, aus wahltaktischen Gründen den Kritikern einer wachsenden Kommune nachgeben zu müssen. Dabei liegen die Vorteile einer Partnerschaft mit privaten Investoren auf der Hand und gerade Burglengenfeld hat davon kräftig profitiert."

Vielfältige Vorteile für die Stadt

Dr. Heribert Küblböck beispielsweise war der erste Investor, der in Wölland auf privater Basis Baugebiete ausgewiesen hat. Vorteile für die Stadt: Infrastrukturabgabe durch den Investor, Ersparnisse beim Ausbau der Erschließung und Aufträge für die heimische Wirtschaft. Durch dieses private Engagement konnte die Stadt Einnahmen in Höhe von mehreren Millionen Euro generieren, die für anderweitige Investitionen zur Verfügung standen. Übersehen wird offensichtlich auch von den Kräften, die eine Änderung herbeiführen wollen, dass durch den Zuzug von Neubürgern die heimische Wirtschaft ganz erheblich gestärkt wird. Bäcker, Metzger, Handwerker usw. - letztendlich profitieren alle von einem stabilen Wirtschaftsgefüge. Das "Beispiel Küblböck" steht für

eine Vielzahl von Investoren, die sich in den letzten dreißig Jahren in Burglengenfeld engagierten.

Steigerung der Steuereinnahmen

Die Steuerkraft stieg um 107 Prozent und die Einkommensteuer bewegt sich in Rekordhöhen. Diese Einnahmen, die durch eine positive Stadtentwicklung, sprich den Zuzug von Neubürgern, erreicht wurden, ermöglichten zukunftsorientierte Investitionen (Schul- und Sportzentrum, Bulmare usw.). Für die BWG ist es absolut unverständlich, dass CSU und SPD diese positive Entwicklung, die auf jahrelanger harter Arbeit basiert, aus wahltaktischen Gründen auf's Spiel setzen und Gefahr laufen, private Investoren abzuschrecken.

Kehrtwendung ist ein "Spiel mit dem Feuer"

Dass die Kehrtwendung ein Spiel mit dem Feuer ist, zeigte sich - in negativem Sinne - bei den Baugebieten Hussitenweg bzw. in Pottenstetten. Nachdem die Stadtbau nicht in der Lage war, die Grundstücksgeschäfte abzuwickeln, wurde ein professioneller Grundstücksmakler beauftragt und eine Entschädigung von mehreren zehntausend Euro bezahlt. Und was das Schlimmste ist. Die Grundstückseigentümer wurden unterschiedlich behandelt - der Spekulation wurde Tür und Tor geöffnet. Der Bürgermeister steht bei diesen Aufgaben vollkommen abseits und ist keine Hilfe für seine Mitarbeiter. Hinzu kommt, dass sich die Ausweisung über Jahre hinzog. Dieses Beispiel belegt, dass die Kompetenz in Grundstücksangelegenheiten in der Verwaltung mangelhaft ist.

BWG plädiert für eine Fortsetzung der Partnerschaft

Aufgrund der eindeutigen Fakten plädiert die BWG für eine Fortsetzung der bisherigen Stadtentwicklung und eine Partnerschaft mit privaten Investoren, denn dadurch ist am ehesten sicher gestellt, dass Burglengenfeld seine Aufgaben erfolgreich bewältigen kann.